

Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion vom 19. September 2022

Anreize für die Energieeffizienz und -produktion fördern

Schriftliche Antwort der Regierung vom 10. Januar 2023

Die Mitte-EVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 19. September 2022 nach den Prozessen und Abläufen bei der Bewilligung und Förderung von energetischen Bauvorhaben und stellt verschiedene Fragen hinsichtlich Optimierung der Prozesse.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Grundsätzlich gilt: Ein Förderbeitrag setzt höhere energetische Anforderungen als die im Gesetz festgelegten energetischen Bauvorschriften voraus; so müssen beispielsweise Luft-Wasser-Wärmepumpen zusätzlich leise und effizient sein. Deshalb ist eine Baubewilligung keine ausreichende Grundlage für einen Förderbeitrag. Andererseits kann die Zusicherung eines Förderbeitrags nicht die Baubewilligung ersetzen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Konkret tragen die Massnahmen im St.Galler Energiekonzept 2021–2030 (40.20.05) dazu bei, dass:
 - die Gesamtenergieeffizienz im Vergleich zum Jahr 2010 um 40 Prozent verbessert wird;
 - der jährliche Gesamtstrombedarf konstant bleibt – und dies bei wachsender Bevölkerung und einem zunehmenden Wohnflächenverbrauch pro Kopf;
 - mindestens 1'100 Gigawattstunden neue erneuerbare Energien zugebaut werden;
 - die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 halbiert werden.

Die Verbesserung der Energieeffizienz wird wesentlich durch die Elektrifizierung getrieben, denn elektrische Antriebe sind deutlich effizienter als Verbrennungsmotoren und Wärmepumpen nutzen mehrheitlich Umgebungswärme sowie einen Teil Strom zur Erzeugung von Raumwärme. Eine weitgehende Elektrifizierung in diesen Bereichen erfordert einen deutlichen Zubau der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen. Die Nachfrage nach erneuerbaren Heizsystemen und Fotovoltaikanlagen stimmt zuversichtlich, dass diese Ziele erreicht werden.

Bei der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien ist der Kanton St.Gallen für die im Energiekonzept festgelegten Ziele 2021–2030 auf Kurs. Beispielsweise installierten Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer im Kanton im Jahr 2022 rund 1'800 Luft-Wasser-Wärmepumpen. Beim Zubau erneuerbarer Energien zeichnet sich ab, dass die Ziele sogar übertroffen werden.

2. Effiziente Prozesse und Abläufe in Unternehmen zur Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Energiebereich sind zunehmend wichtig für den unternehmerischen Erfolg. Die Überprüfung ist eine Hauptaufgabe der Unternehmensführung. Die Energieagentur St.Gallen GmbH unterstützt die Unternehmungen in dieser Aufgabe bei entsprechenden Anfragen jederzeit gerne.

3. Kanton und Gemeinden gestalten ihre Förderungsprogramme gemäss den Zielen und Schwerpunkten ihrer Energie- und Klimakonzepte. Das Energieförderportal der Energieagentur St.Gallen GmbH trägt dazu bei, dass die Förderungsprogramme kundenfreundlich abgewickelt werden können. Es ermöglicht, dass Gesuche um Beiträge von Kanton und Gemeinde nach dem Prinzip «Alles aus einer Hand» abgewickelt werden. Das Energieförderportal hat sich in den letzten Jahren gut etabliert.
4. Das Baubewilligungsverfahren hat andere Regelungsinhalte als die Energieförderung. Im Baubewilligungsverfahren wird geprüft, ob ein Vorhaben mit den Vorschriften des Bau- und Planungsrechts sowie anderen massgeblichen Vorschriften des öffentlichen Rechts übereinstimmt. Bei der Gesuchsprüfung für Energieförderungsbeiträge werden insbesondere die Einhaltung von technischen Anforderungen des Förderungsprogramms geprüft. So ergeben sich in diesem Bereich keine Schnittstellen. Der Bund hat für Solaranlagen das Verfahren bereits erheblich erleichtert und das Meldeverfahren wird auch im Kanton St.Gallen umgesetzt. Weitere Vereinfachungen werden geprüft gemäss der Massnahme SG-4 «Energie- und Klimapolitik weiterentwickeln – Innovationen ermöglichen, Hürden senken, beseitigen und Handeln erleichtern».

Zu den beiden in der Interpellation erwähnten Beispielen:

Die Montage von Solaranlagen auf Dächern in der Bau- und Landwirtschaftszone ist gemäss Art. 18a des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (SR 700; abgekürzt RPG) grundsätzlich bereits heute bewilligungsfrei; der administrative Aufwand für Bauwillige ist damit auf ein Minimum reduziert. Gesuchstellende müssen der Gemeindebehörde die Montage lediglich melden, wofür ein kantonales Formular zur Verfügung steht.¹ Ausschliesslich in Ortsbildschutzgebieten oder auf Einzelschutzobjekten ist im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens eine vertiefte Prüfung notwendig.

Die Angaben zum zweiten Beispiel lassen keine abschliessende Beurteilung zu. Möglich ist, dass die Anforderung «leise und effizient» des Förderungsprogramms an die Luft-Wasser-Wärmepumpe zur Ablehnung des Gesuchs durch die Energieagentur St.Gallen GmbH führte.

5. Gemäss Art. 97^{bis} des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (sGS 951.1; abgekürzt VRP) sind die Bewilligungen für neue Anlagen, die der Erzeugung erneuerbarer Energien dienen, seit Vollzugsbeginn (1. Juni 2017) gebührenfrei. Die Bestimmung richtet sich an die Bewilligungsbehörden auf Stufe Kanton und Gemeinden. In der Praxis besteht bei den Gemeindebehörden teilweise Unklarheit darüber, welche Kosten und welche behördlichen Handlungen von der Bestimmung erfasst werden. Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die Gemeinden beschränken sich vor allem darauf, die Gemeinden zu informieren. Bei entsprechenden Beschwerden aus der Bevölkerung können die Rechtsmittelinstanzen des Kantons ausserdem korrigierend eingreifen.
6. Sowohl die Staatsverwaltung als auch die Energieagentur St.Gallen GmbH streben möglichst schlanke und kundenfreundliche Prozesse bei der Gesuchsabwicklung an und optimieren die Prozesse bestmöglich. So hat die Energieagentur St.Gallen GmbH im Jahr 2022 eine durchgehend digitale Gesuchsabwicklung realisiert. Die Einhaltung der Anforderungen und Bedingungen an den Erhalt von Förderungsbeiträgen oder von Bewilligungen muss dabei jedoch stets sichergestellt bleiben.

¹ <https://www.sg.ch/umwelt-natur/energie/formulare-und-hilfsmittel/solarkollektoren-melden.html>

Auch bei einer weiteren Verminderung des Verwaltungsaufwands stünden der Energieförderung nicht automatisch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung. Grundlage für die Rechnungslegung des Kantons ist das kantonale Finanzhaushaltsrecht. Dieses basiert auf dem überarbeiteten harmonisierten Rechnungsmodell (HRM2) für Kantone und Gemeinden. Dies bedeutet unter anderem die Anwendung des Bruttoprinzips: Der Verwaltungsaufwand und der Aufwand zur Förderung erneuerbarer Energien müssen gesondert verbucht werden. Die Regierung sieht aufgrund dessen aktuell keine Möglichkeit zur Anpassung.